

Inhaber:
RA Frank Jahn

Schorlachstr. 17
91058 Erlangen

☎ 09131 - 533 89 - 0

☎ 0911 - 923 898 67

@ info@f-jahn.de

Vollmachtserklärung für verkehrsrechtliche Belange

Hiermit erteilt _____
obiger Kanzlei Vollmacht zur Interessenwahrnehmung erteilt.

Die Vollmacht ermächtigt insbesondere

1. in Unfallsachen zur Geltendmachung von Ansprüchen gegen Schädiger, Fahrzeughalter und deren Versicherer;
2. zu außergerichtlichen Verhandlungen aller Art, zum Abschluss eines Vergleichs zur Vermeidung eines Rechtsstreits
3. zur Entgegennahme von Zahlungen, Wertsachen und Urkunden;
4. zur Stellung von Strafanträgen sowie zu deren Rücknahme, zur Vertretung als Nebenkläger in einem Strafverfahren;
5. zur Vertretung und Verteidigung in Straf- und Bußgeldsachen (§§ 302, 374 StPO) einschließlich der Vorverfahren sowie zur Vertretung nach § 411 StPO, und mit ausdrücklicher Ermächtigung auch nach §§ 233 Abs. 1, 234 StPO. Die Vollmacht gilt für alle Instanzen.
6. zur Akteneinsicht;
7. zur Begründung und Aufhebung von Vertragsverhältnissen, zur Abgabe und Entgegennahme von einseitigen Willenserklärungen (z.B. Kündigungen) in Zusammenhang mit der übertragenen Angelegenheit.

Von den Hinweisen zur Datenschutzverordnung auf der Rückseite habe ich Kenntnis genommen und bin einverstanden. Es besteht insbesondere Einverständnis, dass die persönlichen Daten zur Mandatsabwicklung gespeichert werden und – soweit möglich – in elektronischer Form korrespondiert wird.

Datum, Unterschrift

Hinweise zum Datenschutz - bei der Mandatsbearbeitung (gespeicherte Daten)

Im Rahmen der Mandatsbearbeitung erfassen wir die persönlichen Daten unserer Mandanten, der weiteren Beteiligten - in der Regel also Namen, Vornamen sowie die Anschrift und Kontaktdaten (Telefon, E-Mail, Telefax) - sowie die uns erteilten Informationen, die für die Geltendmachung bzw. Verteidigung der Rechte unserer Mandanten erforderlichen Daten (z.B. Korrespondenz, Geldbewegungen u.ä.).

Anlass der Datenspeicherung

Die Verarbeitung dieser Daten ist im Sinne des Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO erforderlich, da wir unser Mandat nur so ordnungsgemäß und effektiv bearbeiten und die Sachbearbeitung pflichtgemäß dokumentieren können.

Dauer der Datenspeicherung

Diese Daten speichern wir entsprechend für die Dauer der uns obliegenden gesetzlichen Aufbewahrungsfristen sowie für den Zeitraum, in dem Haftungsansprüche grundsätzlich denkbar sind. Dies sind in der Regel 10 Jahre nach Ablauf desjenigen Kalenderjahres, in dem das Mandat abgeschlossen wurde, vorbehaltlich im Einzelfall ausnahmsweise notwendiger, längerer Speicherung.

Widerspruch der Mandantschaft

Mandanten können der Verarbeitung Ihrer Daten für die Zukunft widersprechen, Ihre Einwilligung zur Verarbeitung Ihrer Daten widerrufen und Sperrung Ihrer Daten verlangen – womit die Rechtmäßigkeit der zuvor erfolgten Verarbeitung nicht berührt wird. Eine ordnungsgemäße Bearbeitung des Mandats ist uns dann allerdings nicht mehr möglich. Ein derartiges Verlangen müssten wir damit als Kündigung des Mandats ansehen.

Anspruch auf Auskunft, Korrektur, Löschung etc.

Als Mandant oder anderer Betroffener haben Sie das Recht auf Auskunft über Ihre bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten, auf Herausgabe dieser Daten, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format sowie Anspruch auf Berichtigung etwa unrichtiger Daten. Prozessgegner und andere Außenstehende inklusive der Aufsichtsbehörden können jedoch keine Informations- und Auskunftsrechte aus Art. 14 und 15 DSGVO geltend machen, soweit es um Daten geht, die dem Anwaltsgeheimnis unterliegen (vgl. § 29 Abs. 1 BDSG neu). Ein Lösungsanspruch besteht gemäß Art. 17 Ziffer 3 b und e DSGVO generell erst nach Beendigung des Mandats und dem Ablauf der erforderlichen Aufbewahrungsdauer. Nach Ablauf dieser Fristen können, Mandanten, Gegner und andere Dritte der Verarbeitung Ihrer Daten widersprechen und deren Sperrung und Löschung verlangen.

Weitergabe von Daten

Eine Weitergabe von Daten an Dritte (z.B. Gerichte, Gegner, Versicherungen, sonstige Beteiligte etc.) erfolgt nur, soweit dies im Einzelfall für die Bearbeitung unseres Mandats erforderlich ist.

bei Internetnutzung

Die Datenübertragung über das Internet (z. B. bei der Email-Kommunikation) kann trotz aller getroffener Sicherheitsvorkehrungen weder nachvollzogen, noch vollständig abgesichert werden. Daher sind insbesondere ein Zugriff Dritter auf Daten, Übermittlungsfehler und Datenverluste sowie die Einschleusung von Schadsoftware nicht zuverlässig auszuschließen. Aus diesem Grund sollten Mitteilungen insbesondere in Fristsachen nicht (ausschließlich) per E-Mail versandt werden. Gegebenenfalls versichern Sie sich bitte (z.B. telefonisch), dass Ihre E-Mail vollständig mit allen Anhängen eingegangen und lesbar ist. Auch eine Vertraulichkeit der übertragenen Daten ist aus diesem Grund bei einer Kommunikation über das Internet nicht sichergestellt. So Sie eine Kommunikation über das Internet (insbesondere per E-Mail) veranlassen, oder dieser – widerruflich für die Zukunft - zugestimmt haben, akzeptieren Sie diese Risiken inklusive der Gefahr des Zugriffs Dritter auf die übertragenen Daten und entbinden uns insoweit ausdrücklich von der anwaltlichen Schweigepflicht.

Rückfragen zum Datenschutz

Aufgrund Größe und Struktur unserer Kanzlei ist die Bestellung eines Datenschutzbeauftragten nicht erforderlich und auch nicht erfolgt. Rückfragen zum Datenschutz richten Sie bitte an Herrn Rechtsanwalt Frank Jahn unter unserer Kanzleianschrift.

Beschwerderecht

Schließlich steht Ihnen das Recht zu, sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren, so Sie Ihre Rechte durch uns verletzt sehen sollten. In der Regel können Sie sich hierfür an die Aufsichtsbehörde Ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes oder unseres Kanzleisitzes wenden.